

»Bürger stärker beteiligen«

SPD und FDP verweigern Abstimmung über Hövelhofer Schulentwicklungsplan

■ Von Heinz-Peter Manuel

Hövelhof (WV). Mit dem Hövelhofer Schulsystem sind eigentlich alle Beteiligten sehr zufrieden. Trotzdem haben im jüngsten Schulausschuss SPD und FDP dem Schulentwicklungsplan 2013 bis 2018, der die derzeitige Situation festschreibt, ihre Zustimmung versagt. Sie nahmen gar nicht an der Abstimmung teil.

Vor der inhaltlichen Situation allerdings musste sich der Ausschuss mit einem Geschäftsordnungsantrag befassen. Für die SPD hatte Mario Schäfer beantragt, die Beratung von der Tagesordnung zu nehmen. Es bestehe weiterhin Beratungsbedarf, sagte er. Schäfer betonte, die vorhandenen Schulen in Hövelhof leisteten sehr gute Arbeit. Er beharrte allerdings darauf, dass vor einer Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes eine Bürgerbeteiligung stattfinden müsse. Was im Prozess um die Zertifizierung zur

familienfreundlichen Kommune vorbildlich gelaufen sei, müsse auch in dieser wichtigen Frage möglich sein.

Zudem habe es in den Ferien kaum Gelegenheit gegeben, mit den Schulleitungen zu sprechen und weitere notwendige Informationen einzuholen. »So können wir über diesen Plan nicht abstimmen«, sagte Schäfer.

Die Beratungszeit – immerhin zwölf Wochen – völlig ausreichend fand CDU-Fraktionsvorsitzender Wilfried Lappe. Jede weitere Schuldebatte führe zur Verunsicherung, votierte Lappe dafür, den Plan jetzt zu verabschieden, damit sichere Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit gegeben seien. Trotz aller Prognosen verzeichneten Haupt- und Realschule weiterhin über sehr gute Anmeldezahlen. Und es sei schließlich nicht so, dass man innerhalb der nächsten fünf Jahre nicht reagieren könne, sollte sich das Wahlverhalten der Eltern grundsätzlich ändern.

Der Antrag auf Vertagung wurde

schließlich mit sieben zu drei Stimmen abgelehnt.

Letztlich stimmte die CDU allein über den Schulentwicklungsplan ab, der um einen von David Merschjohann vorgetragenen Passus ergänzt wurde. Darin heißt es unter anderem, dass Schülern, Lehrern, Eltern und Schulleitungen garantiert wird, ihre Anregungen und Wünsche »in den politischen Gremien wohlwollend zu behandeln«.

»Jede weitere Schuldebatte führt nur zur Verunsicherung.«

Wilfried Lappe

Diese Festlegung sei zwar zu begrüßen, wertete Mario Schäfer den Vorstoß, doch gehe der SPD diese Beteiligung nicht weit genug. Ähnlich äußerte sich Ekhard Schuman (FDP): Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht mehr. Insgesamt bezeichnete er die derzeitige Schulstruktur als »Standortvorteil für die Gemeinde«. Es sei allerdings nicht zu verhindern, dass die Schuldebatte in den Gemeinde rundherum auch nach Hövelhof schwappe. Er befürchtet, dass es künftig mehr Eltern geben könne,

die ihre Kinder außerhalb Hövelhofs anmelden.

Als sachkundiger Bürger fragte Bertold Filthaut, wie denn die gewünschte Bürgerbeteiligung aussehen solle. Er fragte, ob die Eltern von Grundschulkindern über die künftige Hövelhofer Schullandschaft abstimmen sollten. In seiner Arbeit mit Jugendlichen habe er immer wieder erfahren, dass sie sich in den Hövelhofer Schulen wohl fühlten und aus ihrer Sicht gut vorbereitet in die Zeit danach gingen.

Man wolle wissen, so Mario Schäfer, ob es neben den beiden Schulformen Haupt- und Realschule weitere Wünsche bei den Eltern gebe. Das solle nicht im großen Kreis, sondern mit Elternvertretern diskutiert werden.

»Wir haben eine gesunde Schullandschaft, Sie wollen trotzdem eine Strukturdebatte«, sagte Aus-

schussvorsitzender Udo Neizens. Er verwies auf die Schulleitungen, die ganz andere Schwerpunkte sähen: Inklusion, Bildungsarbeit. Es bekümmere ihn, dass hier ein erfolgreiches System in Frage gestellt werde. »Eine solche Debatte

brauchen wir in Hövelhof nicht«, ergänzte Wilfried Lappe.

Eine derartige Diskussion sei nicht beabsichtigt, sagte Andreas Brüseke (SPD). Er erinnerte allerdings daran, dass die Anmeldezahlen für die Hauptschule »sehr knapp« seien. Sein Fazit: »Wir müssen uns Gedanken machen.« Eine rechtzeitige Beschäftigung mit dem Thema und Bürgerbeteiligung sollten Zeitdruck und eine emotionale Diskussion verhindern.

Ohne Beteiligung von SPD und FDP stimmte die CDU für den vorliegenden Schulentwicklungsplan, der nun vom Rat verabschiedet werden soll.



Noch Beratungsbedarf: Mario Schäfer (SPD).